

sp., Zürich) schimpft wie ein Rohr-
P und CVP.

kosten. In Zeitungen werden nun
herumgeboten. Es scheint so, als ob
en heute anders interpretiert werden
oph Holenstein (cyp., Zürich) stellt
rungsbedarf besteht. Die CVP ist
lich gegen Strafmediation. Doch es
e Justizkommission hat das Geschäft
eitet, hier muss man nochmals über
en. Wir unterstützen den Rückwei-

l (svp., Richterswil) ist erstaunt über
en zwei Medienartikel verursachen.
hauptungen gelesen, wir ändern des-
ng nicht und sind gegen die Rückwei-
e Versuch sind genug, und wir haben
tive Meinung. Glauben Sie nicht an
ente. Susanne Rihs (gp., Glattfelden)
anfängliche Diskussion. Alle waren
Mediation ein gutes Mittel sei, dann
ch die Kosten auf, und die Strafme-
gekippt. Die Grünen waren von An-
e Mediation. Damit kann langfristig
werden. Thomas Ziegler (evp., Elgg)
rdig, wenn die Mediation abgelehnt
sie nicht zum Nulltarif zu haben ist.
dass alles nochmals untersucht wird.
ist aber so auszugestalten, dass die
is dem Ruder laufen.

mit dem Rückkommensantrag mit 95
I setzt die Diskussion zur Strafmedia-

gg (sp., Elgg) stellt fest, dass die
ussion eigentlich schon geführt wor-
ommission war es, die die Mediation
e gestrichen hat, wir unterlagen mit
erheitsantrag. Die Mediation ist ein
ument und erspart zukünftige Kos-
n seit der ersten Lesung neue Argu-
icht, und es ist nicht verwerflich, ge-
den. Die Kommission soll die Argu-
Barbara Steinemann (svp., Regens-
Strafmonopol ausschliesslich in den
ates belassen. Offenbar haben einige
t einem Job gerechnet und spannen
n ein. Wir akzeptieren den damals
ehrheit gefällten Entscheid, dass die

Die FDP will den Regierungsrat mittels Postulat da-
mit beauftragen, dass im Rahmen der Agglomerations-
programme ein Pilotprojekt unter dem Titel
«Zusammenarbeit statt Zentralisierung» lanciert
wird.

Claudio Schmid (svp., Bülach) erläutert die Auf-
fassung der SVP. Diese erachtet die Überweisung
des Postulats als überflüssig. Die Zusammenarbeit
zwischen den Gemeinden funktioniert bestens, ge-
setzliche Grundlagen zu fordern, ist unnötig. Car-
men Walker Späh (fdp., Zürich) begründet als Erst-
unterzeichnerin den Vorstoss. Die Gemein-
den stehen vor grossen Herausforderungen, vor allem die
Agglomerationsgemeinden. Mit den Agglomerations-
programmen ergibt sich die Chance, neue Er-
fahrungen zu sammeln. Peter Anderegg (sp., Dübendorf)
erklärt die Unterstützung der SP. Die Agglomerations-
gemeinden werden die Zusammenarbeits-
Diskussionen führen müssen. Es existieren im Kan-
ton Zürich über 200 Zweckverbände, die sind zum
Teil demokratisch schlecht abgesichert. Dieter Kläy
(fdp., Winterthur) erinnert an die verfassungsrecht-
lichen Anforderungen an die Gemeinden. Es ist
auch an das veränderte Umfeld zu denken, welches
vor allem die Finanzen und die personelle Situation
betrifft. Robert Brunner (gp., Steinmaur) erwähnt
die hürdenreiche Zusammenarbeit im Bereich des
Trinkwassers. Neue Formen der Zusammenarbeit
können mit Pilotprojekten gefördert werden.

Willy Haderer (svp., Unterengstringen) hat in sei-
ner Funktion als Gemeindepräsident wenig Freude
am Postulat. Es geht um ein linkes Anliegen. Wir
haben bereits die Gremien, in denen die Agglomerations-
programme behandelt werden. Es wird immer
wieder über die Zweckverbände geschimpft. Ich
glaube nicht, dass wir neue Strukturen brauchen.
Heinz Jauch (evp., Dübendorf) stellt fest, dass
Fusionsprojekte im Kanton Zürich einen schweren
Stand haben. Doch es ist sehr wohl bekannt, dass die
Probleme nicht an der Gemeinde- oder Bezirks-
grenze Halt machen. Die EVP will das Postulat
überweisen. Hans Heinrich Rath (svp., Pfäffikon)
findet, dass die Gemeinden heute schon in vielen
Bereichen gut zusammenarbeiten. Im Prinzip wollen
die Postulanten Zweckgemeinden einführen. Diese
Form ist nicht tauglich. Das ist nichts anderes als
eine zusätzliche, staatliche Ebene. Ernst Meyer (svp.,
Andelfingen) bricht ebenfalls eine Lanze für die
Zweckverbände. Peter Anderegg (sp., Dübendorf)
wundert sich über die Voten der Gemeindepräsi-
denten. Sie wännen sich als kleine Könige, die Ge-
meinde wird als Insel betrachtet. Das Postulat ist
wichtig. Willy Haderer (svp., Unterengstringen)

der Grünen vor Bundesgericht, um für demokrati-
sche Wahllösungen zu kämpfen. Pukelsheim wurde
durch die Quoren zerstört. Diese Quoren werden zu
Recht nun wieder zur Diskussion gestellt. Das Sys-
tem könnte verbessert werden. Doch es gibt keine
Bevorteilung der kleineren Parteien, es wurden
bloss Benachteiligungen abgeschafft. Das Postulat
geht in die richtige Richtung. Stefan Dollemeier
(edu., Rütli) will ein gerechteres Wahlsystem. Die
Methode von Pukelsheim war gut und gerecht, bis
die Mehrheit des Rates sie verwässert hat. Die
5-Prozent-Hürde war ein Fehler, korrigieren wir ihn
heute. Eine 3-Prozent-Hürde im ganzen Kanton
wäre ein kapitaler Fehler. Hans Jörg Fischer (sd.,
Egg) empfindet die 5-Prozent-Hürde ebenfalls als
ein Problem.

Der Rat stimmt der Überweisung des Postulats
mit 99 zu 57 Stimmen zu. Unterstützung findet auch
die parlamentarische Initiative, nämlich von 74 Kan-
tonsräten.

Korrekturen am Finanzausgleich

Von Seiten der SVP werden diverse Korrekturen am
Finanzausgleich verlangt: Die Bezügergemeinden
sollen bei den bevorstehenden Änderungen nicht
schlechtergestellt werden, die Investitionsbeiträge
an finanzschwache Gemeinden seien wieder auszu-
richten und der massgebende tiefste Steuerfuss nach
neuen Kriterien zu berechnen.

Ueli Annen (sp., Illnau-Effretikon) spricht zu
allen drei Vorstössen. Das Gemeinsame besteht dar-
in, dass man ein paar Pfähle einrammen will, am



Susanne Rihs-Lanz (gp., Glattfelden) findet, mit
Strafmediation lasse sich langfristig sparen.

Vorstösse zum falschen Zeitpunkt kämen. Matthias
Gfeller (gp., Winterthur) findet es ein ungeschicktes
Signal, wenn man jetzt einzelfallweise Änderungen
vornehmen möchte. Eine ausgewogene Gesamt-
schau ist notwendig, auf die warten wir schon eine
Weile. Mehr Transparenz erreichen wir mit diesen
drei Vorstössen nicht. Heinz Jauch (evp., Dübendorf)
erinnert daran, dass der neue Finanzausgleich
bald vorgelegt werden soll. Wenn das so ist, können
solche Anliegen warten.

Regierungsrat Markus Nötter äussert sich zum
Stand der Revision des Finanzausgleiches: Zentral
ist, ob man den indirekten Finanzausgleich abschaf-
fen will, nämlich die Staatsbeiträge, das ist die Gret-
chenfrage. Es geht um jährlich rund 200 bis 250 Mil-
lionen Franken, die auf diesem Wege umverteilt
werden. Die Beantwortung dieser Frage bestimmt
die Neuerung wesentlich. Das System soll auch ver-
einfacht werden. Der Regierungsrat wird noch in
dieser Legislatur eine zweite Vernehmlassungsvor-
lage verabschieden. Der Antrag kommt wohl im
nächsten Jahr an den neuen Kantonsrat.

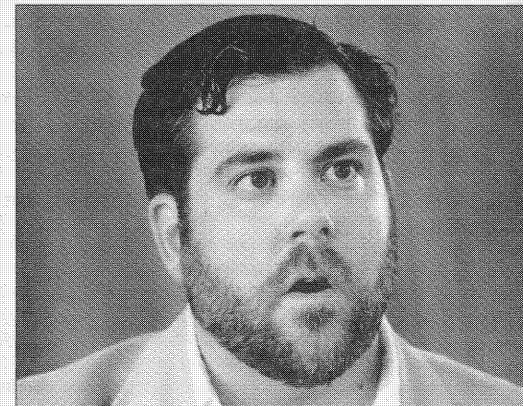
Der Rat überweist das eine Postulat mit 77 zu 71
Stimmen, das andere mit 79 zu 75 Stimmen. Auch
die parlamentarische Initiative wird mit 79 Stimmen
unterstützt.

Rücktritt

Der Ratsvorsitzende verliert das Rücktrittsgesuch
von Jürg Stünzi (gp., Küsnacht) auf den 12. Juli
2006.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr 53.

Nächste Sitzung: 26. Juni, 8 Uhr 15.



Thomas Vogel (fdp., Illnau-Effretikon) ist offen
für neue Argumente, Zahlen und Fakten.